

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann in Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. W. Franke & Co., Magdeburg, Große Wühlstraße 3. — Fernsprechnr. 411. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Preis: 4 Pf. pro Woche, 16 Pf. pro Monat, 48 Pf. pro Vierteljahr, 1.50 Mark pro Halbjahr, 3.00 Mark pro Jahr. — Postamt: Nr. 523. — Postfach: Nr. 523. — Postfach: Nr. 523.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 Mark, monatlich 48 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mark, ohne Postgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — In der Redaktion: 20 Pf. In der Druckerei: 30 Pf. im Restamt: 1 Mark. Postfach: Nr. 523. — Einmalige Abnahme kann vereinbart werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 8.

Magdeburg, Donnerstag den 11. Januar 1917.

28. Jahrgang.

Sie besiegt sich selbst.

In diesem fürchterlichsten aller Kriege sind vier Mächte besiegt worden: Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien. Als fünfte kommt die deutsche Sozialdemokratie hinzu. Nur mit dem Unterschied: sie wird nicht besiegt, sondern sie besiegt sich selbst.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Reichskonferenz der Opposition läßt keinen Zweifel mehr daran, daß von der Minderheit konsequent auf die Spaltung hingearbeitet wird. Eine Absplittierung ist heute schon erreicht. Die Gruppen des Spartacus und des „internationalen“ Vorwärts sind offen am Werk, um die Tragbalken einzureißen, auf denen das Gebäude der deutschen Sozialdemokratie ruht; die Arbeitsgemeinschaft treibt verstreut das selbe freudlose Spiel. Mit dem lauten Vorgehen, die Einheit der Sozialdemokratie wiederherzustellen. Das ist so gedacht: erlangen wir von der heutigen Minderheit auf dem nächsten Parteitag die Mehrheit, dann hat sich die künftige Minderheit selbstverständlich zu fügen; weh ihr, wenn sie etwa daran dächte, Opposition zu treiben. Nur zu der Zeit, in der wir selber Minderheit waren, lagen, mein lieber Bauer, die Dinge ganz anders; da war nicht Unterordnung, sondern Auflehnung und Zerstörung des organisatorischen Baues die unabweisbare Parteipflicht.

Eine demokratische Partei ist ein auf freiwillige Einordnung gegründetes Gebilde. Sie kann nur leben und wirken, solange bei aller Freiheit der Meinung im Innern die Geschlossenheit des Handelns nach außen streng gewahrt bleibt. Das will bejagen: die Minderheit hat sich stets in den Handlungen der Mehrheit unterzuordnen. In die politische Welt der Tatsachen tritt nur, was die Mehrheit für richtig hält. Das kann oft falsch sein. Dann hat die Minderheit um so leichtere Arbeit, sich selbst zur Mehrheit und die Mehrheit zur Minderheit zu machen: dann gilt ihre Auffassung, ihre Ansichten kommen in den Handlungen der Partei zum Ausdruck, und die neue Minderheit hat sich den Forderungen der neuen Mehrheit zu fügen.

So spielen sich von alters her die inneren Kämpfe in allen demokratischen Parteien ab. So ist es bis vor ungefähr Jahresfrist auch in der Sozialdemokratie gehalten worden. Die heutige Minderheit hat damit gebrochen, wie einstmal, nach dem Falle des Sozialistengesetzes, die Jungen schon einmal mit dem Dolchmesser der Partei aufträumten. Die Minderheit hat die Schwere der Empörung erhoben; sie hat die Spaltung in die Reichstagsfraktionen getragen und ist seitdem eifrig am Werke, die Spaltung auch in die Reihen der Partei zu tragen.

Ueber Empörung zu sprechen, ist ein Sozialdemokrat zu leicht geneigt. Nichtet sich die Empörung gegen eine Zwangsorganisation, so wird er mit seinen Symmetrien instinktiv auf Seiten der Empörer stehen. Anders liegt der Fall, wenn die Revolte einer freiwilligen Organisation gilt, in der es immer andere Mittel gibt, um dem — wirklich oder vermeintlich — Unterdrückten zu seinem Rechte zu verhelfen. Die Sozialdemokratie ist eine auf Freiwilligkeit errichtete Gemeinschaft; wer trotzdem gegen sie von innen her ausreißt, muß gewichtige Gründe für seine Fortwärtigkeit vorbringen können oder er ist als ruchloser Verräter zu verurteilen.

Die Minderheit glaubt sie zu beugen. Sie hat seit Jahresfrist erdacht, daß die

Grundzüge in Gefahr

sich, von der Mehrheit preisgegeben zu werden. Die Grundzüge aber stehen höher als der organisatorische Bau. Folglich kann auf diesen keine Rücksicht genommen werden, wenn jene gerettet werden sollen. Das Prinzip über alles. Die Organisation ist nur das Mittel zu dem Zweck, die Prinzipien durchzusetzen; sie ist nie Selbstzweck und deshalb sekundär.

So haben die Jungen auch argumentiert. So ist immer in demokratischen Parteien argumentiert worden, wenn die Minderheiten in der Unterordnung unter die Mehrheiten nicht verstanden, den Sieg über sich selbst zu erringen, der ja der schwerste ist.

Alle Parteikämpfe begannen daher mit der gleichen Mauersteinsetzung: es hagelte Grundzüge. Zuweilen kamen sie herüber. Jeder Hauptredner hatte den Zweck, die Eigenwilligkeit, die Herrscherei, die persönliche Gefährdung, im besten Falle die geistige Verwirrung zu verdecken.

Auch in dem jetzigen Kampfe dasselbe Bild. Es nimmt kein Ende mit den Grundzügen, die die Mehrheit verraten haben soll. Den meisten derer, die diese Beschuldigungen erheben, ist nicht klar, daß die Sozialdemokratie nur auf vier Grundzügen ruht: dem Klassenkampf, der Sozialisierung der Gesellschaft, der Selbständigkeit der Arbeiterbewegung und schließlich der Internationalität. Daneben und darüber hinaus gibt es keinen Grundzug mehr. Alles andere, was uns politisch beschäftigt, ist dem Wandel unterworfen, gehört ins Gebiet der Taktik. Gegen keine der vier Grundzügen, auf denen das Gebäude der Sozialdemokratie ruht, hat die Partein Mehrheit oder der Parteivorstand verstoßen, noch gedenkt er es zu tun. Gleichwohl kehren die Vorwürfe täglich wieder, und um sie bündig zu gestalten, erhebt man flugs zur Höhe des Grundzuges, was in den Niederungen der veränderlichen Taktik ruht. Es hagelt wieder Grundzüge.

Auf diese Weise entsteht bei einer Reihe von Parteimitgliedern die Meinung, daß die berühmte

Politik des 4. August

etwas Fürchterliches enthält. Inmitten den glatten Worten, die Auslieferung der Partei an die bürgerlichen Gegner. Dabei hat sie nichts anderes festgelegt, als die Pflicht zur Landesverteidigung, die noch in keinem Moment vorher im Ernste angezweifelt werden konnte. Auf der ganzen Linie der Partei mit Ausnahme einiger weniger Wirrköpfe oder Phantasten. Sollte der Krieg in einem halben Jahre sein Ende gefunden, wäre es darob auch zu keiner Erschütterung in der Partei gekommen. Aber der Krieg ging weiter und weiter, und zeigte auch nach Jahresfrist kein Zeichen des Endes. Seine Wirkungen erstreckten sich immer tiefer und weiter ins Hinterland, und zwangen dann alle Bevölkerungsstufen in seine heillosen oder fürerliche Not. Es kamen die Nahrungsmittelschwierigkeiten, und damit die Kritik der vielen, die nicht ins Weiden der Dinge eindringen, sondern sich mit der Beurteilung der Oberflächen begnügen. Es drangen die Knodelarände aus dem Wagen heraus. Ja, wenn die Partei nicht am 4. August sich an die Seite der bürgerlichen Gegner gestellt hätte, dann hätten die Eroberungspolitiker nicht Oberwasser bekommen, dann wäre längst Frieden. Für die Not des Volkes wurde die Mehrheit der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Der Boden für die Revolte war bereitet, die Spaltungsbestrebungen fanden Anflang.

Der 12. Dezember hat in diese Konfusion etwas Ordnung gebracht. Deutschland hat ein Friedensangebot erlassen, an dem die Mehrheit der Sozialdemokratie wahrlich nicht unschuldlich ist. Das Angebot ist zurückgewiesen worden. Der manche der Kritiker sehen seitdem ein, daß zum Friedensschluß zwei gehören, und daß es nicht an der deutschen Regierung liegt, wenn wir noch kein Ende mit der Menschenjagd erleben. Das Feld der Opposition ist dadurch eingeebnet worden, aber es ist noch nicht verwunden. Wozu hat man denn den bequemen Hagelschauer der Grundzüge, der beständig verneuert werden kann. Darin besteht doch die grundsätzliche Auffassung der Minderheit.

Mit Worten läßt sich dagegen nicht ankämpfen, mit Darlegungen ebensowenig. Wer sich nicht unter- und einordnen will, konstruiert immer neue Gründe für seine Auflehnung, und garniert einen jeden mit Prinzipien. Die Absplittierung ist heute kein Verbrechen; die Spaltung wird kommen; es fragt sich nur noch, wie weit und wie tief sie getrieben werden wird.

Und die Folgen der Spaltung?

Sollte die Minderheit bei aller innerer Meinungsfreiheit und Propagierung ihrer Ansichten die demokratische Pflicht der Einordnung in die Mehrheitshandlungen erfüllt, dann würde die Partei bei der ersten Reichstagswahl nach dem Kriege mit einem Gewinn von mindestens zwei Millionen Stimmen abgeschlossen haben. Es wären id. 160 bis 180 Reichstagsitze sicher gewesen. Damit die große Reichsversammlung in dieser gewaltigen Zahl steht. Und damit die ungeheure Einwirkung bei der innern Gestaltung Deutschlands, der sogenannten Reorientierung. Es wäre dann gar kein Zweifel gewesen, daß es statt gelungen wäre, die Sozialdemokratisierung Deutschlands in einem Jahr um fünf Jahre

zohnte vorwärts zu treiben. Die Wahlkreis-einteilung wäre gefallen, ein wirklich gleiches Wahlrecht für alle Reichstagswähler in Stadt und Land geschaffen worden und die Macht der Arbeiter für alle Zukunft fest begründet worden. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen wie in den Gemeinden wäre glatt hinweggefegt worden; gegen 180 rote Reichstagsmandate, und nach einem Kriege wie dem jetzigen wäre die Gabe der breiährigen Konterrevolution nicht zu halten gewesen. In Reich, Staat und Gemeinde hätten die Arbeiter und alle wirtschaftlich ihnen ungefähr gleichstehenden Staatsbürger endlich frei aufatmen können.

Damit lange noch nicht genug, die politische Macht der gefallenen aufstretenden Sozialdemokratie hätte sich viel weiter erstreckt. Unser ganzes Steuerwesen muß auf neue Grundlagen gestellt werden; der Krieg mit seinen Milliarden, die jährlich aufzubringen sind, hat auf diesem Gebiet alles über den Haufen geworfen. Bei der Neugestaltung hätte die Sozialdemokratie das gewichtigste Wort gesprochen. Die Arbeiter und alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten hätten den Nutzen davon gehabt. Dasselbe hätte sich bei den Handelsverträgen wiederholt, die sämtlich neu geschlossen werden müssen. Die kommenden Handelsverträge bergen doch wohl wichtige Existenzbedingungen für die gewöhnlichen Arbeiter. Daneben das weite Gebiet der Sozialpolitik, des Arbeiterrechts, der Kulturarbeit für die Minderbemittelten. Überall hätte die Sozialdemokratie den Gesetzen ihren Willen, ihre Fassung, ihre Einheit aufgedrückt. Deutschland wäre politisch, sozial und kulturell zugunsten der Minderbemittelten um ein Jahrhundert vorwärts getrieben worden. Das Land der Barbaren hätte der Welt bewiesen, mit welchem Recht es jahrelang verlästert worden ist.

Diese Zukunft ist durch die Minderheit vernichtet worden. Die Sozialdemokratie darf froh sein, wenn sie nach dem Kriege noch fünfzig Mandate rettet. Nichts Schwächeres als Bruderkampf. Eine Fraktion von fünfzig Mann aber ist keinen gestaltenden Einfluß auf die Gesetzgebung aus. Die bürgerlichen Parteien haben keine Veranlassung, auf sie irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Sie rücken das neue Deutschland nach ihren Interessen ein.

Gewiß wird die Spaltung früher wieder überwunden werden. Nach einem Jahrzehnt werden die betörten Grundgesetzgeber einsehen, wie übel sie beraten waren. Dann ist aber die deutsche innere Gestaltung für 50 Jahre festgelegt. Das halbe Jahrhundert ist verstrichen, weil in entscheidender Stunde große Aufgaben zu ihrer Verrichtung ein geeinigtes und daher kleines Geschlecht gefunden haben.

In diesem fürchterlichsten aller Kriege sind vier Mächte besiegt worden: Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien. Als fünfte kommt die deutsche Sozialdemokratie hinzu. Nur mit dem Unterschied: sie wird nicht besiegt, sondern sie besiegt sich selbst.

Und an den Fronten herrschen täglich deutsche Sozialdemokraten. Sie verteidigen den Staat, dessen politische Macht sie erobern wollen. Ohne die Verteidigung ist sein Bestand nicht gesichert und ohne seine Existenz ist das sozialdemokratische Streben null und nichtig. Die Männer sterben ohne die Gewißheit, daß die Partei aufsteigt zu Glat und Höhe und Macht; die Partei, der jeder von ihnen das Seine gegeben. Die Minderheit will es so. Sie besiegt die Partei, weil sie nicht vernunft hat, in der Unterordnung und Einfügung in ein Ganzes sich selbst zu befeigen. —

Die Spaltung.

Die Opposition in der sozialdemokratischen Partei hat mit ihrer Konferenz am verflohenen Sonntag einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Spaltung der Partei getan. Das ist der Eindruck, der sich dem unbefangenen Leser des Konferenzberichts zwingend aufdrängt. Da war in den Verhandlungen keine Rede von irgendwelcher Rücksichtnahme auf die Mehrheit, kein Benehmen ihrer Motive, nicht einmal die Zustimmung der guten Gläubigen bei ihrem Handeln. Seine Fäden können sich nicht hinüber und herüber. Parteivorstand und Fraktionsvorsitzender werden in Lids und Taus gehen und eine Kontinuität gestellt mit den Gegnern: gewinnlos

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 8.

Magdeburg, Donnerstag den 11. Januar 1917.

28. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. Januar 1917.

Sozialdemokratische Anträge.

Der nächsten Stadtverordneten-Sitzung werden zwei Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion vorliegen. Der erste beschäftigt sich mit der sehr wichtigen Frage der Heranziehung von Frauen zu Arbeiten der städtischen Kommissionen. Er hat folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in einem gemischten Ausschuss zu prüfen, in welche Deputationen und Kommissionen die Heranziehung weiblicher Mitglieder, sei es mit beschließender oder mit beratender Stimme, erwünscht ist.

Durch den zweiten Antrag soll der Uebelstand beseitigt werden, daß sich Kranke auf eigene Kosten ein ärztliches Attest ausstellen lassen müssen, wenn sie besondere Stärkungsmittel, wie Milch, Hagebutten usw., erhalten wollen. Unbemittelten Kranken wird es durch diesen Antrag sehr schwer gemacht, auch nur die Formalitäten zur Erreichung von Stärkungsmitteln zu erfüllen. Die teuren Atteste müssen häufig erneuert werden und bringen durchaus nicht immer Erfolg. Gelbesuchen und Mähen sind dann noch zwecklos angewendet. Unser Fraktion beantragt deshalb:

Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Prüfung der Anträge von Kranken auf Lieferung von Stärkungsmitteln durch das städtische Lebensmittelamt so zu organisieren, daß eine Schädigung unbemittelter Kranker unterbleibt.

Man wird gegen die Mitarbeit der Frauen in städtischen Angelegenheiten ebenjowenig stichhaltige Gründe anführen können wie gegen eine Heranziehung der Frauen in der Gewährung von Stärkungsmitteln. Die sozialdemokratischen Anträge dürften daher kaum einen ernst zu nehmenden Widerstand finden.

Gefährliche Hoffnungen der Straßenbahner.

Bisher war es bei der Magdeburger Straßenbahn üblich, daß die männlichen Angestellten jedes Jahr zu Weihnachten eine Gratifikation von 30 Mark bekamen. Da in diesem Jahre Weihnachten verfrüht und die Angestellten außer ihrer monatlichen Teuerungszulage von 25 Mark, welche am 30. Dezember ausbezahlt wurde, nichts bekamen, setzten die Angestellten ihre Hoffnung auf den Termin der Gehaltszahlung am 30. Dezember. Als auch hier die schmerzhaft erwartete Ertragabgabe ausblieb, gab es bei den Angestellten lange Geschrei und Klagen wurden laut, die alles andre, nur keine Liebesswürdigkeiten gegen die Direktion waren. Schlimm wäre es wirklich nicht gewesen, wenn sich die Direktion gefügt hätte, bei den außerordentlich gesteigerten Lebensmittelpreisen und mit Rücksicht auf die steigenden Einnahmen der Gesellschaft geben wir zur Teuerungszulage auch die Gratifikation. Schaden hätte sie sicher nicht gehabt, wenn sie ihr Wohlwollen auf diese Weise bekündigt hätte. Na — kommt Zeit, kommt Rat!

Auch die Schaffnerinnen erwarteten in diesem Jahre, da eine ganze Anzahl von ihnen nunmehr 1 1/2 Jahre tätig ist und die Gehaltsabgaben wegen Lohnsteigerung und Teuerungszulagen abgeholt worden waren, zu Weihnachten oder zu Neujahr einen Teil der Gratifikation, die ihre männlichen Kollegen schon seit Jahren bezogen haben; erhalten haben auch sie nichts. Die Direktion scheint von ihrem Grundsatze nicht abzuweichen zu wollen: Sparen und abermalig sparen! Gehalt wird auch, nach Meinung der Angestellten nur an der besterhaltenen Stelle. Starb da vor kurzer Zeit, und zwar an seinem dienstfreien Tage ein alter Wagenführer, der über 25 Jahre seine Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung gestellt hatte. Als die Witwe nun den ihr zustehenden Monatslohn in Empfang nehmen wollte, wurde ihr erklärt, daß ihr Mann an seinem freien Tage nachmittags verstorben sei, folglich hätte sie den freien Tag abgerechnet, nur für 1/2 Tage Lohn zu beanspruchen. Die Witwe, die noch vier unmündige Kinder durchzubringen hat, hoffte bestimmt auf Zahlung eines vollen Monatsgehalts. Für die Gesellschaft bedeuten die 14 Tage nicht außerordentlichen Verlusts nichts. Für die arme Witwe waren sie jetzt ein Vermögen. Kein Mensch wird unter den obwaltenden Umständen eine solche Erparnis gutheißen können. Das Personal sieht während des Krieges von allem ab, was irgendwie nach Berücksichtigung aussieht, glaubt aber ein Recht zu haben, daß bei den guten Einnahmen der Gesellschaft und den relativ verminderten Ausgaben die Angestellten eine bessere Vergütung beanspruchen dürfen.

Die Wilhelmstädter Arbeiterjugend trifft sich am Donnerstagabend bei Abtragung, Große Duesdorfer Straße 211. Guter Besuch wird erwartet.

Gemütsbau in Ziergärten. Der Magistrat schreibt uns: Zeitungsnotizen zufolge haben in Frankfurt a. M. und in Gießen gegenwärtig die Handlungsmänner beschlossen, ihre Ziergärten so weit als möglich dem Frühjahrsbau dienbar zu machen, die Gemütsbauarbeiten selbst haben stattzufinden. Der Magistrat hat den Magdeburger Gartenbauverein die gleiche Anregung gegeben und bittet, daß nicht nur in den Handlungsmännern, sondern auch in den Privatgärtnern der Stadt der Ziergärten mehr Gemütsbau angebahnt wird.

Die Südküste des Mittelkanals. Über das von der Vereinigung zur Förderung der jüdischen Linie des Mittelkanals bearbeitete Projekt der Verfrüherung des Mittelkanals, das gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben erhebliche Veränderungen, namentlich in der Endstrecke des Kanals aufweist, werden jetzt mehrere Angaben bekannt. Die Einmündung der Südküste, die in dem ersten Projekt, nur vorläufige Bestimmungen mit den Nordküste ansetzen zu können, von Seinherrberg vorgegeben war, ist jetzt durch oberhalb Magdeburg bei Galtze-Weißer-Läfen geplant. Durch diese Verlegung der Endstrecke wird die Länge der Hauptlinie um rund 30 Kilometer vergrößert; sie beträgt jetzt 152,5 Kilometer gegenüber 123,8 Kilometer des ersten Projekts und 149,6 Kilometer der Nordküste. Die dadurch entstehende Kostenvermehrung beträgt, wie kürzlich auch bereits mitgeteilt, über 20 Millionen Mark. Durch diese Verfrüherung der Hauptlinie vergrößert sich aber auch die Hauptlinie der Ostküste wesentlich. Die Durchfrüherung der Südküste würde nach den angeführten Berechnungen ab Stunden erforderlich. Die Differenz zwischen der Nordküste von 4 Stunden ist so gering, daß sie praktisch kaum ins Gewicht fallen dürfte.

Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 24. Dezember bis 30. Dezember die Zahl der Geburten 57; der Lebendgeborenen (Vormoche) 51 männliche, 34 weibliche, zusammen 85; der Gestorbenen 46 männliche, 57 weibliche, zusammen 103 (Vormoche 49 männliche, 53 weibliche, zusammen 102), darunter Kinder im 1. Lebensjahr 5 männliche, 5 weibliche, zusammen 10 (Vormoche 5 männliche, 9 weibliche, zusammen 14); die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar Scharlach 6 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 72 (—), Unterleibstypus — (—), Kindbettfieber — (—), Ruhr — (—), Gelbfieber — (—).

Um die Jugend bemüht man sich jetzt mit großem Eifer. Die Regierungspräsidenten zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt tragen sich mit der Absicht, zur weiteren Ausgestaltung der staatlichen Jugendpflege Konferenzen und Lehrgänge zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern zu veranstalten, Jugendabende unter Beteiligung der Eltern ins Leben zu rufen, und Konferenzen der Deponenten für Jugendpflege in Gemeinschaft mit den Kreisjugendpflegern und den Ortsausschüssen für Jugendpflege abzuhalten. Das Konföderationsamt in Magdeburg nimmt in der letzten Ausgabe der „Mittelschulischen“ Gelegenheit, den Beschäftigten die gemeinsamen Arbeiten zu empfehlen und schreibt bei dieser Gelegenheit unter anderem: „Je mehr die staatlichen Organe ersatzweise dazu übergegangen sind, die Pflege der „Gotteskinder“ wie der Herr Minister in seinem Jugendpflege-Erlass vom 18. Januar 1911 betont, oder die „Erhaltung und Stärkung des sittlich-religiösen Charakters des deutschen Volkes“ als Grundlage aller Pflege der erwachsenen Jugend anzuerkennen, um so wichtiger ist es, daß bei der Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern auch das Pfarramt zu Worte kommt... Selbstverständlich bleibt hierüber die pflichtgemäße Aufgabe der Pfarre die rein kirchliche Jugendpflege in den kirchlichen Anstalten, in gelegentlichen Sammlungen der jungen Leute, in der Gründung und Leitung von Junglings- und Jungfrauenvereinen nach Kräften zu fördern und sie nach allen Seiten hin auszugestalten, in vollem Umfange bestehen.“ Die Vorbereitungen für die staatliche und kirchliche Jugendpflege werden demnach auf breiter Grundlage getroffen. Man hat die Bedeutung der Arbeit für die Jugend erkannt. Es ist nur zu wünschen, daß auch in der Arbeiterjugend diese Erkenntnis etwas früher wird und Früchte trägt für die Arbeiterjugendbewegung.

Am Sonntag den 14. Januar
beginnt die
17. monatl. Hausammlung.

Erhöhung des Krankengeldes. Am Dienstagabend fand in der „Reichshalle“ eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses der Allgemeinen Krankenkasse statt. Es handelte sich in der Hauptsache um Stellungnahme zur Herabsetzung des § 19 Abs. 1 Ziffer 2 der Reichsversicherungsordnung (Erhöhung des Krankengeldes bei Mehrleistungsansprüchen von sechs auf sieben Zehntel des Grundlohns). Nachdem der erste Geschäftsführer Müller zu der beantragten Herabsetzung die notwendigen Erläuterungen gegeben und die Durchführbarkeit nachgewiesen, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Der § 19 Abs. 1 Ziffer 2 erhält vom Tage der Genehmigung ab folgende Fassung:
2. Krankengeld in Höhe von je sieben Zehnteln des Grundlohns für jeden Arbeitstag und den auf einen solchen fallenden Feiertag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom vierten Krankentage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Honorierung der von den Ärzten ausgestellten Atteste zum Zwecke des Bezugs von Zusatzleistungsmitteln. Gemeinhin wurde allgemein, daß der Vorstand dieser für die Kranken sehr wichtigen Frage näher treten möchte. Die für derartige Atteste verlangte Vergütung von 2 oder 3 Mark wurde für zu hoch gehalten. Es soll versucht werden, die Ärzte zu veranlassen, derartige Atteste als einfache Rezepte zu betrachten.

Wer gilt als „minderbemittelt“? Die Bestimmungen der Reichswochenhilfe, die „minderbemittelten“ Frauen zugute kommt, werden durch einen Erlass des preussischen Ministeriums des Innern vom 30. Oktober 1916 an die Regierungspräsidenten wie folgt erläutert: Die verheiratete Frau, welche die Vorschriften des § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung betr. die Wochenhilfe der Wochenhilfe während des Krieges vom 23. April 1915 gefordert haben, gibt mit zu folgenden Ausführungen Veranlassung: Der § 2 Abs. 2 a. a. O. hat in Ziffer 1 alle Fälle im Auge, in denen das Einkommen des Kriegsteilnehmers vor seiner Einziehung nicht mehr als 2500 Mark betrug. Ist diese Voraussetzung gegeben, so soll im allgemeinen die Wochenhilfe ohne Rücksicht darauf gewährt werden, ob infolge der Einziehung des Ehemannes zum Kriegsdienst das der Familie verbleibende Einkommen eine Minderung erfahren hat oder nicht. Der Vorbehalt im Eingang des Abs. 2 hat, wie die Begründung der betreffenden Bundesratsverträge ergibt, namentlich die Fälle des fundierten Einkommens im Auge, bei dem also das Einkommen ganz oder doch zu einem wesentlichen Teile aus Kapitalzinsen oder dergl. stammt. Sind bei einem Einkommen von 2500 Mark a. B. 2000 Mark Kapitalzinsen, so ist ein erhebliches Kapital vorhanden, das davon ohne Bedenken auch einmal ein kleiner Teil abgehoben werden kann, ohne öffentliche Hilfe in Anspruch genommen wird. Daneben erweist die Begründung der Fälle, daß der Familie nach der Einziehung durch Erwerb, Erbschaft oder dergl. nennenswerte Verträge zufließen. Der Ziffer 2 des angeführten Abjages bildet nur eine Ergänzung der Ziffer 1, die auf Billigkeitsgründen beruht. Sie geht davon aus, daß beispielsweise bei einem Gehalt des Ehemannes von 5000 Mark, das mit jenem Einkommen in den Kriegsdienst vollständig wegfällt, die Familie weit schlechter gestellt ist als bei einem Einkommen von 2000 Mark, das ihr trotz jenes Einkommens ganz oder doch größtenteils verbleibt. Sie hat also vornehmlich die Fälle eines vor dem Krieges mehr als 2500 Mark betragenden Einkommens im Auge, das während des Krieges stark herabgesetzt wird. Infolge des Nebeneinanderbestehens der beiden verschiedenen Voraussetzungen nach Ziffer 1 und 2 können zwei Fälle vorkommen, in denen eine Wöchnerin mit höherem Einkommen die Wochenhilfe bezieht, während diese einer Wöchnerin mit niedrigerem Einkommen verweigert werden muß, derartige Ungleichheiten werden sich aber bei einer Abgrenzung nach Durchschnittsverhältnissen für einzelne besonders Fälle nie ganz vermeiden lassen. Vor allem aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß einer Familie mit mehr als 2500 Mark Einkommen wohl zugemutet werden kann, für vorzunehmende Bedarfshilfe, wie Entbindungen und dergl., einen gewissen Vorrat an Kapital zu besitzen, während dies bei einem Jahreseinkommen von weniger als 2500 Mark weit weniger zu erwarten ist.

Wie die Milchpflicht erfüllt wird, das zeigen folgende Angaben: In der Dezember-Versammlung seines landwirtschaftlichen Kreisvereins sagte der Landwirtschaftsdirektor Witkamp: „Im Kreise Reichshausen stehen 12700 Milchkuh, die mindestens 40 000 Liter Milch täglich bringen müßten. Die Menge der angelieferten Milch entspricht dem nicht im entferntesten und genügt nicht einmal für die bevorrechtigten Bezüher.“ Ein süddeutscher Tierarzt, der 500 ländliche Wirtschaften kontrolliert hat, berichtet: „Biehaltungen mit Beständen bis zu 18 Kühen liefern nicht ein Liter Milch und kein Pfund Mähe, obwohl die Kühe weder hochträchtig sind, noch trocken stehen. Die Küder erhalten Vollmilch bis zur vollen Sättigung. Die Schlachtschweine erhalten Getreide und Vollmilch. Alter Milchüberschuß dient zur Herstellung von Buttermilchvorräten.“ — Der Kreis Oeppla hat bei 44 000 Stück Rindvieh (am 1. 12. 15 waren es genau 45 492 Stück) in einer Woche 4,5 Zentner Butter abgeleitet, also je 1 Pfund auf 100 Rinder. Also trotz Hindenburgbriefen und sonstiger guter Zusprüche an die Landwirte behalten diese ihre Milch und ihr Fett häufig für sich. Ein Zwang zur Ablieferung kann angeblich nicht ausgeübt werden.

Beschlagnahme von Orgelpfeifen. Heute, 10. Januar, ist eine neue Veranordnung in Kraft getreten, die neben einer Meldepflicht eine freiwillige Ablieferung, aber auch eine Beschlagnahme, Enteignung und Einziehung von vollständig aus Zinn bestehenden Instrumenten und insbesondere Orgelpfeifen vorsieht. S. h. denjenigen zinnernen Orgelpfeifen, die im Prospekt einer Orgel — von außen sichtbar — untergebracht sind oder waren, aber noch eingebaut werden sollen. Alle näheren Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung und den Ausführungsbestimmungen, welche die mit der Durchführung beauftragten Kommandantbehörden erlassen. Betreffs der Einzahlung sei erwähnt, daß bereits vor dem Krieg die durch die Bekanntmachung betroffenen Orgelpfeifen durch das billige, aber für den hier in Frage kommenden Zweck gleich gut brauchbare Zinn ersetzt wurden. Auf besonderen künftigenwärtigen oder künftigenwärtigen Wert, der durch behördlich eingetragene Sachverständige festzustellen ist, wird die erforderliche Rücksicht genommen werden.

Eine wichtige Entscheidung für das Krankenkassenwesen wurde am 20. Dezember vor dem Erfurter Oberverwaltungsamt gefällt, die für Krankenkassen wie für Kriegsbeschädigte gleich bedeutend ist. Der Sachverhalt ist folgender: Der Schlosser Otto S. aus Erfurt wurde als Schwerverwundeter vom Militär entlassen und fand Arbeit in der Gewehrfabrik Erfurt. Nach einiger Zeit erkrankte S. an der Folgen seiner Verwundung, einem Bandschmerz. Er wurde in das Garnisonlazarett Erfurt aufgenommen. S., der nun Mitglied der Betriebskrankenkasse der Gewehrfabrik geworden war, verlangte das ihm zustehende volle Krankengeld. Die Kasse verweigerte die Zahlung, sie wollte dem Kläger nur ein Zehntel des Krankengeldes zahlen, weil er ja von der Militärverwaltung freie Instandhaltung erhalten habe und ihm demnach von der Kasse nur ein sogenanntes Krankengeld zuzuführen. Der Kläger vertrat die Ansicht, daß die Kasse ihm das volle Krankengeld zu zahlen habe, denn er habe von der Militärverwaltung keine Instandhaltung erhalten. Die vom Militär gewährte Pflege dürfe ihm nicht angerechnet werden. Der Vertreter der Kasse führte an, daß, falls die Ansicht des Klägers zurecht sei, die Kassen derart finanziell belastet würden, daß ihre Existenz in Frage gestellt sei, weil schon jetzt Tausende von Kriegsbeschädigten in Staatswerkstätten beschäftigt werden, die jeden Augenblick in dieselbe Lage kommen könnten wie der Kläger. Das Oberverwaltungsamt beurteilte die Kasse zur Zahlung des vollen Krankengeldes. Es sei so hier es im Urteil, zwar richtig, daß den Kassen eine außerordentlich hohe Belastung drohe, aber für die Beurteilung der Sache kämen die jetzt geltenden Gesetzesbestimmungen in Frage und die zwingen zur Verurteilung der Kasse. — Von dem Vertreter der Kasse wurde wegen der prinzipiellen Bedeutung der Sache sofort Revision beim Reichsverwaltungsamt angemeldet.

Vom Roten Kreuz wird geschrieben: Zu Beitragszahlungen zu den monatlichen Hausammlungen empfiehlt sich die Benutzung des Postcheckkontos Berlin 22345. Es wird dadurch eine insbesondere in der jetzigen Notlage willkommen Verzögerung der Arbeit unserer Sammler erreicht, ebenso auch durch direkte Einzahlung im Geschäftszimmer Kaiserstraße 61. Es wird jedoch um rechtzeitige Heberung gebeten, damit die Sammler noch vor Beginn der Sammlung vom Eingang des Beitrags benachrichtigt werden können.

Unberechtigter Benutzung des Fahrrades. Der Unternehmer Hermann Klähn zu Galtze benutzte im September 1916 trotz der Beschlagnahme dreimal sein Fahrrad, ohne einen Erlaubnischein einzuholen zu haben. Er wurde deshalb vom Sachverständigen am 17. November zu 200 Mark Geldstrafe mit 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Seine Berufung wurde vom Landgericht verworfen.

Baugenehmigungen. In der ersten Hälfte des Jahres wurden von der städtischen Polizeiverwaltung nur 23 Baugenehmigungen erteilt. Absehen von den üblichen Um- und Neubauten der für die Kriegswirtschaft nötigen Firmen sind größere Bauten nicht vorgelegen.

Gefahren wurden in der Nacht zum 9. d. M. aus einem verlassenen Vorratsschrank in der Schöninger Straße etwa 20 Pfund Zucker und 3 Schod Gerst aus einem verlassenen Laden in der Großen Ringstraße 63 Pfund Zucker; am 9. nachmittags aus einem unverschlossenen Laden in der Bismarckstraße eine Zigarettenschmuck mit etwa 100 Stück Zigaretten.

In Haft genommen wurden eine Arbeiterin von hier, die als Diebin ermittelt ist, die, wie berichtet, am 6. d. M. aus einem unverschlossenen Zimmer in der Schöninger Straße drei Koffer mit Geld und sich auch der Unterbringung an Mädeln, die sie auf Befehl erlassen hatte, schuldig gemacht hat; der vielfach vorbestrafte Arbeiter Paul Schneberg und der Arbeiter Paul Giese von hier, die ihrem Arbeitgeber hierüber fortgesetzt Waren (Waren) im Werte von über 1000 Mark gestohlen haben; ein Arbeiter von hier, der sich am 29. v. M. in einer heiligen Nacht bei dem Lohn eines anderen Arbeiters im Betrage von 21,58 Mark rechtskräftig hat zahlen lassen.

Brände. Am Mittwoch vormittag gegen 1/2 Uhr geriet auf dem Korridor einer Wohnung des Dachgeschosses Pfeilstraße 3 durch schlafloses Aufwachen glühender Nische in einem Zimmer der Zunder und der darunterliegende Balken in Brand. — Gegen 1/2 Uhr vormittags brannte in einer Badekammer unter dem Boden in einer Wohnung des Erdgeschosses Auguststraße 39 der Fußboden. In beiden Fällen konnte das Feuer mit dem Heimen Gerät gelöscht werden.

Theater, Konzerte etc.

Ausstellungen der Direktoren.

Stadttheater. Heute Donnerstag „Der Barbier von Sevilla“ und „Sommernachtsputz“. Freitag „Die lustigen Weiber von Windsor“. Samstag „Der Kaiser“. Sonntag nachm. „Der heilige Peter“; abends „Lustspiele“.

Zentraltheater. Die Operette „Vier arme Teufel“ wird am Sonntag nachmittags zur Aufführung gebracht. Beginn 8 1/2 Uhr.

Grüne Neben am Jahresanfang. Donnerstag den 11. Januar, abends 8 Uhr, in der Stadtmusik „Krieg und Frieden“. Generalintendant: D. Genard. Eintritt frei.

Ans der Parteibewegung.

Württembergische Landeskonferenz. Am 6. Januar fand in Stuttgart eine vom Landesvorstand einberufene Konferenz statt, auf der 70 Ortsvereine durch rund 100 Delegierte vertreten waren.

Sozialdemokratische Erfolge bei den schwedischen Stadtverordnetenwahlen. Die schwedische Sozialdemokratie hat bei den jüngst beendigten Stadtverordnetenwahlen sehr gute Erfolge zu verzeichnen, indem sie 40 neue Mandate erobert konnte.

Provinz und Umgegend.

Kohlenhamsterei der Landwirte.

Die folgende, recht bezeichnende Mitteilung brachte dieser Tage das Volksblatt für Anhalt: Von Fuhrleuten und Kohlenkleinhändlern Köthen's wird lebhaft darüber Klage erhoben, daß es ihnen fast unmöglich gemacht wird, die zum Kleinverkauf für die Köthener Bevölkerung nötigen Mengen Braunkohle von der Eideritzer Grube zu beschaffen.

Beschwerden beim Viehhandel.

Die Landwirte wenden sich häufig beschwerend über angebliche Benachteiligung bei der Ausbringung oder bei Nichtabnahme des Viehes an das Kreisverwaltungsamt oder auch an die Minister der Innern oder für Landwirtschaft.

Zur Düngung der Kartoffelfelder.

Der Oberpräsident gibt folgendes bekannt: Von sachkundiger Seite ist darauf hingewiesen, daß der Ertrag der Kartoffelkultur durch die Düngung mit Schwefelsäurem Kali oder schwefelsäurem Kali-Magnesia weit unvorteilhafter erdärnt werden können.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Zweifacher Mord und Selbstmord.

Eine englische Mutter, der drei Kinderleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Schwabeburg bei Halberstadt erschossen.

die am Montag nach Halberstadt in die Pension hatten sollte. Auch ein Knabe stand eingekerkert da. Das Dienstmädchen hatte am Sonntag abend die Wohnung verlassen, um daselbst zu schlafen.

Ueber die Gründe, die den Unglücklichen zu der Tat bewegen haben können, wird hier viel geredet. Es steht fest, daß eine Unternehmung gegen das Werk, das an Kriegslieferungen beteiligt ist, wegen zu geringer Lieferungen schwebt.

Dereburg, 10. Januar. (Zwanzig Zentner Erbsen in Betten und Schränken versteckt.) In Mahndorf waren vom Gute wiederholt umfangreiche Erbsendiebstähle gemeldet worden.

Halberstadt, 10. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung u. a.) In der am Dienstag stattfindenden ersten diesjährigen Sitzung wurde die Gültigkeit der im November und Dezember vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen beschlossen und erfolgt in der üblichen Weise die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten.

Sicherleben, 10. Januar. (Bauarbeiten.) In der Anlage am Feldschloßchen wurde kürzlich eine prächtige Mariannens abgefragt und gestohlen. Zur Ermittlung des Täters dieser nichtswürdigen Handlung hat der Magistrat eine Belohnung von 20 Mark ausgesetzt.

Am die Wente.

Erzählung von Reinhold Drimmann.

(42. Fortsetzung.)

Grewenberg starrte auf. Ein vergessenes Schicksal, durch das er seine Unglückseligkeit wieder gutzumachen dachte, lag über ihm wie ein bleiernes Gewicht. Ich dachte es mir wohl, Sie sagten ja damals öfter, daß Sie sich nie von dem letzten Meistertentamen trennen würden. Nur, weil ich Sie nicht...

„Nein, es war vielleicht eine Zumutung, aber da sie nun einmal gegeben ist, hat es doch seinen Zweck, lang und breit darüber zu reden.“ „Allerdings — und ich bitte nochmals um Entschuldigung, wenn ich etwas Ungehöriges gesagt haben sollte.“ In seiner Verlegenheit konnte er nicht mehr sehen, was er tat, blinzte Grewenberg auf seine Uhr.

„Ich leider, für den Rest des Tages in meinem Hotel zu bleiben und zu schreiben.“ Sie äußerte ein freudiges Bedauern, aber ihre Fähigkeit, sich zu verstellen, ging nicht so weit, daß sie es über sich vermocht hätte, durch hebevolles Zureden seinen Entschluß zu erschüttern.

heutigen Friedensbedingungen wahrscheinlich denjenigen der Alliierten waren — vorausgesetzt, daß das Kriegsziel der Alliierten nicht die vollständige Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen ist — müssen wir unwillkürlich fragen: Was halb konnten Verhandlungen nicht zustande kommen, die diesen für die Menschheit so entscheidenden Abmachungen ein Ende machen konnten?
Weshalb nicht? Weil die Entente dem niedergeworfenen Deutschland den Frieden diktieren und sich nicht mit einem Frieden des Ausgleichs begnügen will. —

Amerikas gutes Kriegsgeschäft.

Wie dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus New York gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten nach den jüngsten Regierungstätigkeiten über den Ausfuhrhandel während des Krieges bis zum 1. September 1916 für ungefähr 1478 Millionen Dollar (rund 6 Milliarden Mark) Kriegsmaterial an die Entente geliefert. Während des genannten Zeitraums wurden 11 Prozent der Ausfuhr von Gegenständen eingekommen, die auf dem Schlachtfeld gebraucht wurden, wie Feuerwaffen, Explosionsstoffe, Flugapparate, Eisenbahnwagen, Schutzeisen usw. Der Gesamtwert betrug 787 238 000 Dollar. Wenn man Kriegshilfsmittel wie Automobile, Motofahrräder, ärztliche Instrumente, Gasoline, Pferde und Maultiere, Eisenbahnwagen, Schutzeisen usw. mitzählt, dann erreicht der Wert die Höhe von 1478 Millionen Dollar oder 21 Prozent. Während der ersten 8 Monate des Jahres 1916 führten die Vereinigten Staaten Kriegsmaterial zu einem Betrag von 533 468 000 Dollar aus. Im Jahre 1915 betrug der Betrag auf nicht mehr als 619 875 000 Dollar.

Während des Jahres 1916 wurde bedeutend weniger Getreide ausgeführt als im Jahre 1915 wegen der ungünstigen Ernteresultate. Wie beträchtlich die Ausfuhr an Explosionsmitteln im Jahre 1916 gestiegen ist, erhellt man daraus, daß im ganzen Jahre 1915 nur für einen Betrag von 181 778 000 Dollar ausgeführt wurde, in den ersten 8 Monaten des Jahres 1916 dagegen allein für einen Betrag von 495 100 000 Dollar; an Feuerwaffen wurden ausgeführt für 12 166 000 resp. 19 107 000 Dollar, an Säuren für 10 053 000 resp. 28 124 000 Dollar. —

Die Schuldentilgung nach dem Kriege.

In einer Rede in Hannover hat der Abgeordnete Stresemann u. a. ausgeführt:
Die aufgeschuhten Kriegsschulden werden voraussichtlich im Reich neue Steuern im Betrage von 6 bis 7 Milliarden Mark nötig machen. Dazu kommen neue Steuern in den Bundesstaaten und neue Steuern in den Gemeinden. Man ist sich an den maßgebenden Stellen über zwei Gesichtspunkte klar, darüber nämlich, daß diese Steuern nicht auf die Steuererhöhungen sind, sondern daß ein Teil der Schulden sofort abgetragen werden muß durch wesentliche Vermögenabgaben — unter Einschluß auch der kleinen Vermögen — im Betrage von 1/2 bis 1/3 des Vermögenswertes. Man ist sich weiter klar darüber, daß man an den nichtbesitzenden Klassen nicht vorbeigehen kann.
Daß man sich über letzteres klar ist, unterliegt natürlich keinem Zweifel, der Anfang ist ja auch bereits mit den Tabakabgaben gemacht worden. Neu ist nur die positive Sicherheit, mit der Stresemann die teilweise Konfiskation der Vermögen ankündigt. Würde man sich entschließen können, etwa 75 Prozent der Kriegsgewinne dem Reiche zuzuführen, dann ließe sich schon ein erheblicher Teil der Schulden decken. Den Weg dazu hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon bei der Beratung der letzten Steuerentwürfe gezeigt. —

Ausbau der Volksschule.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat bei der Regierung beantragt:
1. daß der Magistrat (Schuldeputation) ermächtigt werde, Oitern 1917 für Knaben eine Uebergangsklasse zu errichten, die als Ziel haben soll a) das Mehr der Lehrpläne der entsprechenden Mittelschulklassen 2-9 sowie das Vermögen der obersten Mittelschulklassen und b) das Vermögen der dritten Klasse der Präparandenanstalten zu bewältigen.
2. daß den Schülern, die diese Uebergangsklasse mit Erfolg besucht haben, die gleichen Berechtigungen wie den aus der obersten Klasse der Mittelschule abgehenden Schülern zugesprochen werden und ihnen im besonderen das Recht erteilt wird, zusammen mit den aus der obersten Klasse der Mittelschule abgehenden Schülern die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung an einer höheren Schule abzulegen.
In der Begründung wird gesagt, daß sich der Magistrat schon seit Jahren mit der Frage beschäftigt, ob es sich nicht empfiehlt, für solche hervorragend begabte Volksschüler, die entweder aus äußeren Gründen oder mit Rücksicht auf das erst später erfolgende Dornrochsen ihrer Vergabung nicht bereits früher zu einer Mittels- oder höheren Schule übergegangen sind, eine schulgeldfreie Uebergangsklasse zu errichten, die es ihnen ermöglicht, den bisher verjüngten Anschluß an andere Schulanstalten nachträglich noch zu erreichen. Damit die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können, hat der Magistrat bei der Stadtkonferenz-Versammlung beantragt, die nötigen Mittel für die Uebergangsklasse in den Haushaltsplan für 1917 einzustellen. Die Regierung steht, wie mitgeteilt wird, dem Antrag inpathisch gegenüber.
Nichtiger würde es sein, die Regierung zögert nicht mehr, die in Aussicht gestellte grundlegende Umgestaltung des Schulwesens in die Hand zu nehmen. Freier Aufstieg dem Tüchtigen!

Neufölln um 210 000 Mark betrogen.

Ein großer Betrug ist gegen die Stadtgemeinde Neufölln verübt worden. Der Magistratsbeamte Bögel, der dort als Abteilungsleiter die Lebensmittelposten kontrolliert, erhielt kurz vor Weihnachten den Besuch eines österreichischen Soldaten Fritz Schallgo, der er von früher her dem Namen nach kannte. Schallgo hat ihm einen Wagon voll Lebensmittel mitgebracht, wofür der Magistrat von Neufölln an Er bereit war auf zwei Herren, die bei ihm wohnten, einen angeblichen Controllanten Fritz Hammer, der Vollmachtgeber für auch General Fritz von Kappeler sein sollte, und auf einen Kaufmann

Rösner. Der Magistratsbeamte wurde aber mit Schallgo nicht einig. Gleich nach den Feiertagen kam dieser wieder und brachte den „Oberleutnant Hammer“ mit. Er wiederholte sein Angebot, sollte es aber noch auf einen Wagon geräucherter fetten Speck aus. Die Waren sollten auf dem Bahnhof in Aachen liegen. Nach längerer Verhandlung kaufte der Magistratsbeamte die beiden Waggon. Nach der Vereinbarung mußte die Zahlung am nächsten Tage bis mittags bei der Effener Kreditanstalt gegen Nachsicht der Duplikatnachweise erfolgen. Der Beamte wies das Geld auf seinen Namen telegraphisch an, fuhr dann selbst nach Essen und zahlte das Geld auf der Bank an Hammer aus. Der Frachtbrief, der vorgelegt wurde, war ordnungsmäßig adressiert und abgestempelt. Hammer übergab auch noch Schlüssel, die die Wagenschlüssel sein sollten, und quittierte über den Empfang der 210 000 Mark.
Als die Ware nach 8 Tagen noch nicht eingetroffen war, fragte der Magistratsbeamte in Aachen telefonisch an und erhielt den Bescheid: Bis heute sind keine Sendungen Militärgüter nach dort versandt worden. Als er sich jetzt nach den Vermittlern der Waren umfah, erhielt er die Auskunft, daß Hammer am 3. d. M. abends nach Breslau abgereist sei. Rösner soll nach den Ermittlungen angeblich nach Düsseldorf abgereist sein. Oben ist Frau Schallgo mit ihrem Mann, dessen Urlaub am 31. v. M. abgelaufen sein sollte, abgereist, angeblich nach Budapest. Auch der vermeintliche Graf ist in seiner Wohnung nicht mehr aufzufinden.

Nach den Berliner Morgenblättern scheint Neufölln durchaus nicht das einzige Gemeinwesen zu sein, das einem raffiniert angelegten Schwindel zum Opfer gefallen ist, sondern auch andere Städte sowie einige Großindustrielle sind wahrscheinlich dem Kleeblatt Schallgo, Hammer und Rösner aufgefallen. Man spricht davon, daß der von den dreien unternommene Beutezug ihnen dreiviertel Millionen Mark eingebracht hat.
Eine führende Rolle hat dabei der angebliche Oberleutnant Fritz Hammer gespielt. Schallgo, der in Wirklichkeit Rindfleisch heißen soll, wird wegen gleicher Verbrechen von der Stadt Köln feldmäßig verfolgt. —

Notizen.

Zum Zusammenritt des Reichstags. Aus parlamentarischen Kreisen läßt sich die „Schlesische Zeitung“ schreiben, daß innerhalb der Regierung Erwägungen über den Reichstag nach im Laufe dieses Monats wieder einzuberufen, also nicht nur den Hauptausgang. Nachdem der Reichstagsleiter es für notwendig erachtet hat, den Reichstag auf einen Tag im Dezember einzuberufen, um ihm die Mitteilung vom dem Friedensangebot an die feindlichen Mächte zu machen, liegt es ja allerdings nahe, anzunehmen, daß der Reichstag auch wieder zusammenberufen werden könnte, um aus dem Munde des Reichstagsleiters etwas Näheres zu erfahren über die Politik, die wir nach Ablehnung des Friedensangebotes einzuschlagen gedenken. Denn das unbekannt, aber nach übereinstimmenden Meldungen milde Friedensprogramm, für das wir unsere Feinde auf dem Kongress gewinnen wollten, wird von jetzt an unumgänglich beibehalten werden können, und darauf müßte auch die Politik neu eingestellt werden. —

Der Reichstagsauswärtig zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge war am Dienstag vormittag im Saal 1 des Reichstags zusammen. Die Beratungen sind vertraulich; es wird darüber ein amtlicher Bericht ausgegeben werden. —

Der Zuwachs der deutschen Sparanlagen im Jahre 1916. Das Amtsblatt des Deutschen Sparvereinsverbandes hat eine Monatsstatistik gebracht, aus der hervorgeht, daß die Sparfassen für November einen Zuwachs von 100 Millionen Mark gegen 115 Millionen Mark im November des vorigen Jahres zu verzeichnen haben. Seit dem Beginn des Jahres hat die Zunahme 2080 Millionen Mark gegen 2180 Millionen Mark in der gleichen Zeit des verfloßenen Jahres betragen. Man berechnet, daß auch in diesem Jahre der Zuwachs der Sparfassenanlagen die ungeheure Summe von 3 Milliarden Mark erreichen wird. —

Verzögerung der Landtagswahlen in Sachsen. Dem Sächsischen Landtag wird bei seinem Wiederversammlung im Februar eine Vorlage zugehen, nach welcher die Vornahme der Landtagswahlen bis 1919 verschoben wird. —

Ministerkrisis in Spanien. Nach einer Meldung des Ministerbüros aus Madrid hat der Ministerpräsident die Demission des gesamten Kabinetts unterbreitet. Das liberale Kabinet Romanones ist in seiner jetzigen Zusammensetzung erst am 1. Mai 1916 an die Stelle des konservativen Kabinetts Dato getreten, das es am 27. Oktober 1913 abgelöst hat. Neben die Gründe zu dem Rücktrittsgesuch heißt es in Blättermeldungen, daß es durch die Finanzschwierigkeiten Spaniens verursacht worden sei. Eine Note der Regierung besagt, die Kritik sei zugleich mit der Vertagung der Cortes insofern parlamentarischer Schwierigkeiten entstanden, sei aber wegen internationaler Ereignisse, namentlich der Note Wilsons, nicht amtlich bekanntgegeben worden. Die Präsidenten des Senats und der Kammer haben bekannt, sie hätten dem König geraten, das Kabinet Romanones beizubehalten. Einer späteren Kabinettsmeldung zufolge gab Romanones bekannt, daß das ganze Ministerium im Amt bleiben werde. Der König habe ihm neuerlich sein volles Vertrauen ausgesprochen. —

Eine Nichtigstellung. Die „Vossische Zeitung“ bespricht, wie wir berichteten, eine Mitteilung über die Umgestaltung deutsch-türkischer handelspolitischer Verträge, die am Dienstag erliegen sollte. Jetzt wird offiziell dazu mitgeteilt, daß die Mitteilung unrichtig ist. Gemeint sind offenbar die zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei verhandelten Handelsverträge, für deren Zeichnung der Termin aber noch nicht festgesetzt ist. —

Verhaftungen wegen Raubüberfälle. In Krefeld ist der Kaufmann Joseph Reubens durch den Berliner Kriminalkommissar Lehndt vom Kriegsmuseumsamt verhaftet und dem Amtsgericht in Krefeld vorgeführt worden. Es war der Raubgesellschaft mitgeteilt worden, daß Reubens gegen die Verhaftung große Mengen von Raub aus Süddeutschland nach Norddeutschland eingeführt und zu außerordentlich hohen Preisen am Bremerseer verkauft hat. Er soll für Waggons, die einen Wert von etwa 8000 Mark hatten, bis zu 24 000 Mark bekommen haben. Auch gegen seine Mitkäufer und gegen die Brauerer, die seine Abnehmer waren, ist die Untersuchung eingeleitet worden.

Wilson's Note und die Börse. Wilson's Note an die kriegsführenden Mächte ist der New Yorker Börse durch irgendeine Indiscretion vorzeitig bekanntgeworden. Infolgedessen setzte ein kräftiges Fallen der Wertpapiere aus der Rüstungsindustrie ein, wobei die Wissenenden Millionengewinne einheimten. Natürlich müßten die Hebertölpel nicht, um nach den Schuldnern zu suchen, die die Indiscretion begingen. Wilson's Schwager kam in Verdacht und mit ihm Wilson's Sekretär Lumulty. Am Montag gab dieser nun eine Erklärung im Repräsentantenhaus ab. Er sagte, daß er den Inhalt der Note nicht gekannt habe, ehe sie veröffentlicht worden sei, und daß er keine Spekulationen auf Grund von vorher empfangenen Informationen unternommen habe. Langsam gab eine Erklärung darüber ab, welche Beamte an der Note tätig waren, wüßte aber über seine ergänzenden Mitteilungen an die Presse keine Mitteilungen zu machen. Schließlich wurde ein Effektenmakler aus Boston gehört, der zugab, daß der Inhalt der Note vor der Zeit der Ausgabe bekanntgeworden sei, allerdings nicht durch Zutun des Weissen Hauses. Er weigerte sich, die Namen seiner Auftraggeber, für die er Börsentransaktionen ausführe, zu nennen. —

Deutsche Kleinfik. Den französischen Geschäftskonten ist es unter Androhung jähmender Strafen verboten, deutsche Produkte zu erwerben. Daß diese aber in Frankreich selbst in den Ministerien und öffentlichen Aemtern noch immer vor den französischen Produkten den Vorzug genießen, ist wieder einmal festgestellt. „Das von dem Syndikat der Papierindustriellen gegen die drei deutschen Firmen Garmmuth, H. K. Fieber und Johann Haber angestrebte Strafverfahren“, schreibt der „Cri de Paris“, „hat wieder einmal eine Entfaltung gebracht über die Bevorzugung, deren sich die deutschen Fabriken auch in Kriegeszeiten bei uns zu erfreuen haben. Aus den bei der Beschlagnahme eingezogenen Büchern der drei feindlichen Firmen geht hervor, daß nach kurz vor Abschluß des französischen Kriegsmünzministerium einen Einkauf von 80 000 Franz an Kleinfik und verwandten Dingen gemacht hat und damit der beste Kunde der genannten Firmen ist. In der geographischen Abteilung des Münzministeriums werden ausschließlich Fabrikate verwendet. Die deutschen Firmen werden sicher nicht verfehlen, aus einer so ausgezeichneten Markte nach dem Kriege Kapital zu schlagen!“ —

Hinter den Cereth geworfen.

W. Z. S. Großes Hauptquartier, 11. Januar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Sturm und Regen blieb die Gefechtsstätigkeit gering. Nur an der Ancre lebhaftes Artilleriegefecht.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Stärkere russische Angriffe südwestlich Riga sowie zahlreiche Vorstöße kleinerer Abteilungen zwischen Rüste und Karweje blieben ohne jeden Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. Verechtlich verlusten Russen und Rumänen, die ihnen zurückerhaltenen Höhenstellungen beiderseits des Sustotals zurückzugewinnen. Unter blutigen Kämpfen schmetterten die mit starken Kräften ausgeführten Gegenangriffe. Rüstlich und südlich des Geminats wurde der Feind weiter zurückgedrängt. In den Kämpfen der beiden letzten Tage fielen sechs Offiziere, 900 Mann und drei Maschinengewehre in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Rüstlich von Jostani gelang es uns, auf dem Hügel Futa nasser Fuß zu fassen.

Zwischen Jostani und Sudaeni zwangen wir den geschlagenen Gegner, seine Stellungen hinter der Finta aufzugeben und hinter den Cereth zurückzugehen. 550 Gefangene wurden eingebracht.

An der Rüstlich-Sarat-Mündung hielten wir im Angriff errungene Fortschritte gegen mehrere feindliche Vorstöße.

Mazedonische Front. Rüstliche Angriffe an der Struma wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Stulhofer russischer Ministerwechsel.

W. Z. B. Petersburg, 9. Januar. (Petersburger Telegraphenagentur.) Ministerpräsident und Reichsminister Trepow und Unterrichtsminister Graf Ignatjew wurden in den Ruhestand versetzt. Senator und Mitglied des Reichsrats Fürst Soligal wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, Senator Antichinow mit der Führung des Unterrichtsministeriums betraut und der Gehilfe im Ministerium des Innern Keratow zum Mitglied des Reichsrats ernannt.

Was hat er zu sagen?

W. Z. B. Amsterdam, 10. Januar. Einem hiesigen Blatte wird aus London gemeldet, man erwarte, daß Lord George am Donnerstag in der Guildhall eine wichtige Erklärung abgeben werde. —

Mord in Halle.

W. Z. B. Halle a. d. S., 10. Januar. Die 60jährige Drechlermeisterfrau Kindichen ist am 9. d. M. mittags von einem Unbekannten in der Poststraße erschossen worden. Ein Hundertmarkschein, den die Frau bei sich hatte, fehlt. Sie konnte vor ihrem Tode noch mitteilen, daß sie von einem Mann erschossen wurde, der ihr Face Bleich verrieteten wollen. Der Mörder verhand, Frau Kindichen, welche er kurz vorher kennen gelernt hatte, in die teilweise unbedeute Gegend zu laden, wo die Tat ereignete. Er hatte sich, wie festgestellt wurde, als Schlosser Konrad aus Teicha ausgegeben. —

